

Wiener Beobachter

Das Wort eines Denkers

Im Jahre 1928 schrieb der Denker José Ortega y Gasset für ein Schulbuch einen bemerkenswerten Aufsatz, der mit dem Ratschlag endete, sich stets auch mit dem eigenen Denken und Handeln kritisch auseinanderzusetzen. Seine Empfehlung an die Jugend lautete:

„1. Beachtet niemals was die Leute meinen. Die Leute sind diese Menge, die euch umgibt: in eurem Haus, in der Schule, in der Universität, im Freundeskreis, im Parlament, im Verein, in den Zeitungen. Seht genau hin, ihr werdet feststellen, daß diese *Leute* niemals wissen, warum sie sagen, was sie sagen, sie prüfen ihre Meinungen nicht, sie urteilen aus Neigungen, nicht aus Verstandesgründen heraus.

2. Als Folge dessen: Laßt euch niemals von der fremden Meinung anstecken. Bemüht euch um eure Überzeugung, meidet die Ansteckung. Wenn eine Seele durch *Ansteckung* denkt, fühlt und will, handelt es sich um eine niedrige Seele, die keine eigene Kraft hat.

3. Wenn von einem Menschen heißt, er habe echten moralischen oder intellektuellen Wert, so bedeutet es, daß er sich in seinem Wesen oder seiner Denkungsart über das gemeine Fühlen und Denken erhoben hat. Deshalb ist er schwerer zu verstehen, und außerdem erregen seine Worte und sein Tun gegenüber dem Üblichen Anstoß. Wir wissen also im voraus, daß uns das Wertvollere im ersten Augenblick fremd, schwierig, seltsam und sogar ärgerlich erscheinen muß.

4. Bei jedem Kampf zwischen Ideen oder Gefühlen - wenn ihr seht, daß auf der einen Seite viele streiten und auf der anderen Seite wenige, so sollt ihr vermuten, daß das Recht bei den letzteren sei.

Seid edel und helft jenen, die wenige sind, gegen die, die eine Mehrzahl darstellen.“

Wir glauben es nicht!

Wir glauben die offizielle Version der Weltfinanzkrise nicht, ob sie vom Euro-Duo Merkozy oder deren Chef Bernanke kommt. Wir glauben nicht, daß zum wirtschaftlichen Wohlergehen der Völker notwendig sei, Millionen in die Armut und die Arbeitslosigkeit zu schieben. Wir glauben nicht, daß Milliarden-Profit für Banken und Konzerne ein Zeichen von öffentlicher Gesundheit sei. Wir glauben auch nicht, daß der Geldabstand zwischen dem Kapitalbesitzer und dem Arbeitenden ein Abgrund sein müsse. Der „kleine Mensch“ hat im Alltag zuviele Sorgen, um sich gründlich mit Politik zu beschäftigen. Er neigt deshalb oft dazu, „Experten“ zu folgen. Aber all diese Leute vertreten Interessen, und sei es die der eigenen „Karriere“. Die Amtsträger sind inzwischen Gefangene der sogenannten „globalen Märkte“. Und die Völker haben keine Vertretung!

Es fehlt eine kritische, mutige, kluge Opposition, die eine andere (Welt-) Wirtschaftsordnung vorschlägt und aufbaut. Nicht alle Soziologen und Wirtschaftler denken gleich „westlich“, aber unter ihnen fürchten allzu viele, als „Dissidenten“ Amt und Pfründe zu verlieren. Die „Omertà“ ist nicht nur in Sizilien verbreitet. Die freie Rede ist auch hier ein seltenes Wunder.

Man muß kein Experte in Wirtschaft oder Bankwesen sein, auch die „Kleinen“ sollen Fragen stellen und Antwort fordern, denn viel dümmer als die, die der ganzen Welt regelmäßig Krisen beschicken und dann keine Lösung wissen, sind sie wohl nicht. Aber mutiger als jene Experten, die von der „politisch korrekten Linie“ nicht abzugehen wagen, müssen die Kleinen schon sein.

Noch vor ein paar Generationen hatten die Staaten Europas Instrumente in der Hand, um *für* das Volkwohl zu arbeiten. Sie konnten Angebot und Nachfrage regulieren, die Geldmenge im Umlauf

steuern, durch Staatspapiere wichtige Investitionen finanzieren, mit öffentlichen Aufgaben für Beschäftigung sorgen. Solche Maßnahmen konnten zwar auch Nachteile hervorrufen, aber durch die Freiheit der Entscheidung war es den Regierungen möglich, durch die Engen der Wirtschaftsentwicklung mit einigem Geschick zu navigieren.

Heute, einmal „globalisiert“, also den internationalen Gremien unterworfen, haben die Staaten faktisch ihre Freiheit, die Souveränität, verloren. Sie sind nur noch bloße Verwalter, sie haben stets die Anweisungen der internationalen Netze auszuführen.

Nun müssen diese Anweisungen *an sich* nicht immer und unbedingt schlecht sein, da aber in diesen Organisationen nicht das demokratische, sondern das *Lobbyismus*-Prinzip durchaus herrscht, entscheiden vorwiegend die Interessen mächtiger Finanz-Oligopole.

Betrachten wir die Entwicklung auf Weltebene, so stellen wir fest: Nach und nach hat der Umbau der Weltwirtschaft stattgefunden; jetzt sind die Staaten fast ausgehöhlt und allmählich durch den „Privatsektor“ ersetzt worden. Die Regierungen haben kaum andere Aufgaben als die Verteilung der eingetriebenen Steuergelder zwischen den Aktiengesellschaften, die nun die öffentlichen (!) Dienste „vermarkten“. Die Entwicklung weltweit sieht so aus:

1) Privatfirmen übernehmen öffentliche Dienste. 2) Der Staat entläßt Personal. 3) Die „privaten“ Preise steigen, die Leistungen sinken. 4) Bei „Investoren“ und manchen korrupten Politikern gibt es Profit. 5) Der Staat überläßt den *Banksters* (für: *Bankier und Gangster*) mehr und mehr die Finanzpolitik. 6) Wasser, Post, Verkehr, Polizei- und Heeresdienst, Wohnungsmarkt - alles wird *privatisiert*. Inzwischen sogar das Töten im Krieg (siehe Irak, Afghanistan!)

Bitteres Frankreich

Frankreich steht wieder vor einer Präsidentenwahl. Von Wahlen in den Gebieten der EU darf man bekanntlich keine Sensationen erwarten. Wer oder was immer die meisten Wahlstimmen für sich einsammelt: die Ausrichtung des jeweiligen EU-Landes bleibt, wie stets verkündet, *alternativlos*. Noch vor einigen Generationen nannten die selbstverliebten Franzosen ihr heimatliches „Fünfeck“ *la douce France* (das süße Frankreich) und priesen eitel die eigene Lebensart. Aber seit dem historischen Bruch des Jahres 1914 ist auch dort das Leben rauher geworden.

Die französische Republik befand sich in der Dekade der Dreißiger in einer schweren Krise, die dem Bürgerkrieg nur knapp entging, und die „Flucht nach vorn“ mit ihrer Kriegserklärung an Deutschland 1939 offenbarte bald vor aller Welt die Schwäche des Regimes und die Zerrissenheit der Nation. Die neue (fünfte) Republik wurde 1944 mit einem Massenmord und

einer Lebenslüge geboren. Der Massenmord, der dem Volk mehr Menschen kostete als der Krieg und *Säuberung* getauft wurde, war eigentlich auch der nachgelieferte Bürgerkrieg der Dreißiger, und die Lebenslüge hieß *Selbstbefreiung*. (De Gaulle, 1944: „Frankreich hat seine Freiheit niemandem zu verdanken!“).

Seitdem schleppt das Land das uneingestandene Doppeltrauma von 1940 und 1944 mit sich und taumelt zwischen Machtträumen und Schwäche-Anfällen durch die eher bittere Nachkriegsgeschichte. Seine Krise ist freilich nicht weit entfernt von jener Großen Krise, in der alle Europäer stecken und manche Franzosen auch offen bekennen, so zum Beispiel Joël Roman: «...Die französische Gesellschaft (...) unterliegt heute weniger denn je den Traditionen, dem Gewicht der unter dem Einfluß der Religionen ererbten Kultur. Sie ist eine gebrochene, rückgratlose Gesellschaft, die von den zentrifugalen Kräften des

Individualismus tiefgehend erodiert wurde. (...) Wenn die Moderne die Sanktionierung des Individuums und seiner Fähigkeit ist, sich in totaler Autonomie selbst zu bestimmen, der Menschenrechte und der Wahrnehmung des gemeinsamen Menschseins, des Bezugs auf das Universelle und nicht auf singuläre Traditionen, dann stecken wir alle in dieser Moderne; und das Problem ist gerade die Spur, die sie uns gelegt hat: es ist das Bild des losgelösten Individuums im Schwebezustand; der Bejahung abstrakter Rechte und eines vom Universellen her erzeugten Relativismus; das sind die Auswirkungen der Moderne, eine Äußerung ihrer inneren Widersprüche.“

Die „moderne Gesellschaft“ bietet, nicht nur in Paris, das hoffnungslose Bild einer kalten, sinnleeren Welt ohne Struktur, die den Menschen in die Wirrnisse eines Krieges aller gegen alle schickt und schließlich an den sozialen Widersprüchen und an sich selbst verzweifeln läßt.

Ungarn: Zwischen Finanzkrise und EU-Drohungen

Solange der ungarische Regierungschef Viktor Orban sich darauf beschränkte, Leute zu versetzen oder zu entlassen und manche Meinung zu äußern, die der EU-Sprachregelung nicht entsprach, rührte sich nicht viel in der EU noch in der „Europäischen Volkspartei“. Orbans ernstes Problem begann, als er sich anschickte, das Steuersystem zu ändern und dem ungarischen Parlament, wo er superdemokratisch - sogar mit absoluter Mehrheit - regiert, ein Vetorecht gegen Befehle aus Brüssel einräumte. Und ganz, ganz gefährlich wurde seine Politik, als er beschloß, die eigene Staatsbank der Kontrolle durch die ungarische Regierung zu unterwerfen.

Da kennt die EU kein Pardon, und nun blies unsere ferne Oberregierung (mit Verstärkung durch die Organe des IWF) unüberhörbar zur Attacke: Viktor Orban muß weg!

In Griechenland und Italien hatten sich die EU-Großen ja eindrucksvoll durchgesetzt. In Ungarn jedoch liegen für die EU die Dinge etwas komplizierter. Wie die Zeitung „Népszabadság“ meint: „Es ist nicht einfach, einen Regierungschef vom Ausland aus abzusetzen, wenn er gewählt worden ist und über zwei Drittel der Parlamentssitze verfügt - und noch weniger, wenn die Opposition zersplittert ist.“

Ungarn steckt heute, wie andere Länder auch, in einer Finanzkrise und wird vom IWF zum Abbau des öffentlichen Sektors und des sozialen Systems gezwungen.

Obwohl selbst dem System der „marktkonformen Demokratie“ verpflichtet, werden ihm von den EU-Medien „undemokratische Tendenzen“ unterstellt, andererseits handelt die Brüssler Riege selbst eindeutig gegen demokratische Entscheidungen und gegen die (noch) geltenden Prinzipien der Souveränität.

So erkennt es auch der Philosoph Gáspár Miklós Tamás: „Die Westmächte und die Europäische Kommission wollen ein repräsentatives und konstitutionelles Regime bewahren, aber auch, daß Ungarn eine Wirtschaftspolitik einführt, die den Interessen des ungarischen Volkes nicht dienlich ist.“

Und ergänzt: „Das ungarische Volk, bereits oft enttäuscht, könnte die *demokratische Sache* Brüssels als bloße Verzierung der immer schwereren Autoritätsmaßnahmen auffassen, die die Westmächte, um die Stabilität der Finanzen besorgt, aufzwingen“. Durch diesen Widerspruch sei die Opposition „sehr geschwächt“.

Einmal mehr wird also auch am Fall „EU gegen Ungarn“ das so oft bemängelte „Demokratie-Defizit“ der EU deutlich.

INITIATIVE !

Die rot-grüne Stadtverwaltung plant die schrittweise Zerstückelung und Privatisierung des ganzen Areals

Jugendstilanlage Otto Wagner am Steinhof.

Es ist deshalb eine Bürgerinitiative „Steinhof-erhalten“ gegründet worden, um zu erreichen, daß es zu einem Baustopp kommt und dann von Fachleuten ein für die Öffentlichkeit transparentes Gesamtkonzept erstellt wird.

Immobilien-Spekulation soll verhindert werden!

Der Versuch, die sogenannte „Umwidmung“ dieses zur Gänze denkmalgeschütztes Areal am Volkswillen vorbei durchzudrücken und zu „privatisieren“, muß scheitern! Informieren Sie sich, unterstützen Sie die Petition der

„Initiative Steinhof“:

c/o Club International,
Payergasse 14, 1160 Wien

Zu erreichen auch über:

www.steinhof-erhalten.at

initiative@steinhof.at

Fax: 01/480 67 23

Linkswalzer

Zur Jahreszeit bestens passend hat Wien kürzlich Szenen karnevalischen Charakters erleben müssen. Die sich selbst aus kaum erfindlichen Gründen als „links“ einordnende Stadt-schickeria ließ ihre Sturmabteilung gegen den Ball der korporierten Akademiker antreten. Es heißt, im Hintergrund des gar nicht neuen Spektakels hätte auch der Nachwuchs der Häupljugend sich formieren und mitgrölen dürfen.

Wie gesagt: gar nicht neu, das Ganze. Solche Auftritte sind weder „modern“ noch bezeichnend für den Wiener Menschen. Schließlich ist „Mob“ ein englischer Begriff.

Überraschen könnte allenfalls, daß die verantwortlichen Capos, mit oder ohne Funktionärsschärpe, diesmal ihr Halali ausgerechnet auf eine Tanzveranstaltung haben schmettern lassen, so als habe die Welt keine Bedrohungen mehr und es nötig wäre, zum Abbau spätpubertärer Agressionstriebel welche zu erfinden. Oder sollen gerade durch solche „Aktionen“ nur die Rabauken vom Dienst beschäftigt und abgelenkt werden, damit sie nicht auf den Gedanken kommen, ihr Mütchen eben gerade dort zu kühlen, woher der „etablierte“ Gestank zunehmend und tatsächlich bedrohlich weht?

Überraschen können uns nur manche empörte Reaktionen der beschimpften Gäste, ob sie aus Wien oder aus der Ferne angereist kamen.

Hatten sie wirklich übersehen, was seit über vierzig Jahren hierorts an Verdummung, Verlumperung und Verhetzung getrieben wird? Haben sie geglaubt, Apfelbäume könnten Birnen geben? Meinten sie, die „Wiener Melange“ sei tatsächlich nur ein Kaffee-Getränk?

Dann, freilich, mögen sie auf dem Sofa dösen und Erinnerungen streicheln. Die bürgerliche Welt war vorgestern. Sie starb spätestens 1914. Erwünscht oder nicht: *Panta rhei*.

Ohne Kommentar

Zitat aus der „Kleinen Zeitung“ v. 8.3.2012: „Preisvergleich. - Dritter Einkauf, wieder 14 Lebensmittel im Korb: Die Rechnung fiel um zehn Prozent höher aus als im November.“

Schöne freie Welt

Sarkozy hat eine „radikal-islamische“ Gruppierung verboten. Nun gibt es in Frankreich inzwischen 6 Millionen Muslime und Dutzende muslimische Organisationen. Warum gerade diese? Interessant ist, daß die jetzt verbotene Gruppierung neulich die Organisation katholischer Traditionalisten *unterstützt* hatte, die gegen ein blasphemisches antichristliches Theaterstück demonstrierten.

Während der letzte Sowjetchef Michail Gorbatschow von der Westpresse weiterhin hofiert wird, genießt **Wladimir Putin** bekanntlich nicht deren Wohlwollen. Der „Westen“ wirft Putin insbesondere vor, gegen den über Nacht zum Öl-Milliardär gewordenen Cholowkowskj gerichtlich vorgegangen zu sein.

Nun hat Putin erneut gegen die „westlichen“ Gebote der „politischen Korrektheit“ verstoßen und gegen den Milliardär und weltweit spekulierenden Geld-Mogul **George Soros** einen Haftbefehl ausstellen lassen. Soros, einer der entscheidenden Finanziere und Organisatoren der „Orange-Revolutionen“ hat(te) auch seine goldenen Finger in der Ukraine. Die russische Regierung wirft Soros nunmehr vor, durch den Mißbrauch dänischer Derivate gegen den russischen Aktien-Markt zu spekulieren.

Täglich töten sich in USA 18 (achtzehn) aus Afghanistan bzw. dem Irak zurückgekehrte Kriegsveteranen. Grund sei das „post-traumatische Belastungssyndrom“, heißt es offiziell.

Ein schwereres Trauma könnten die Hinterbliebenen jener irakischen Familien erleiden, deren Angehörigen von einer Gruppe von **US-Besatzungssoldaten** in einer Blutorgie umgebracht worden waren. Nachdem ein Mann ihrer Gruppe bei einem Attentat getötet worden war, unternahm ein Unteroffizier und einiger seiner Leute eine „Rache-Aktion“ und erschossen wahllos 24 Iraker in ihren Wohnungen, darunter zehn Frauen bzw. Kinder. Die amerikanische Justiz hat den Anführer mit 90 Tage Arrest bestraft, die er jedoch nicht abzusitzen braucht.

Das Pentagon überlegt zur Zeit die Verlegung seines Drohnen-Stützpunktes von Sigonella (Italien) in das spanische Trasmiras (Galicien). Von Sigonella aus waren unzählige Angriffe auf Libyen geführt worden, was auch Proteste der Bevölkerung hervorgerufen hatte. Ein Gespräch zwischen Leon Panetta und seinem Madrider Kollegen Morenés hat kürzlich in Brüssel stattgefunden. Die Techniker von **Northrop Grumman Co.**, Hersteller des Spionageflugzeugs *Global Hawk*, haben bereits Trasmiras besichtigt. Allerdings müßte Spanien 6 Milliarden Euro (Anfangsinvestition) für den Stützpunkt einplanen. Man versüßt die Pille mit dem Versprechen von 7000 Arbeitsplätzen. Übrigens: Der Kongreß (USA) hat den Einsatz von **30.000 Drohnen** über amerikanischen Städten bewilligt. Das Gesetz erlaubt der Luftfahrtbehörde, neue Richtlinien für Erprobung und Zulassung kommerzieller Drohnen zu erarbeiten. Wenn es in Kraft tritt, werden bis 2020 voraussichtlich bis zu 30.000 Drohnen im Luftraum über den USA unterwegs sein.

In London hat Justice Ouseley, Richter des *High Court*, christliche Gebete in den Rathäusern von England und Wales verboten. Und vom 1. März 2012 an dürfen die Mitarbeiter der polnischen Fluglinie LOT **kein Kreuz** tragen, um Andersgläubige nicht zu „beleidigen“. British Airways hat diese „politisch korrekte“ Richtlinie schon länger eingeführt.

In Cincinnati/USA bezahlt eine Schule die Schüler jetzt dafür, daß sie zum Unterricht **erscheinen**. An ältere Schüler 25 Dollar, jüngere 10 Dollar.

Wer ist Dominique Strauß-Kahn? (Schluß)

Noch Anfang 2010 genoß DSK offenbar das Vertrauen der «Weltgemeinschaft». So sollte er, anstelle des israelischen Präsidenten, die Eröffnungsrede der 10. Herzlija-Konferenz halten, die zwischen dem 31.1. und dem 3.2.2010 unter dem Vorsitz des Generals Danny Rothschild und in Gegenwart von Shimon Peres und Benjamin Netanyahu über «die Sicherheit Israels» debattieren sollte.

DSK hatte ja auch immer wieder seine «politische Korrektheit» nachgewiesen, so 2005, als er die Klubs «*À gauche en Europe*» in Kooperation mit *Policy Network* (Großbritannien) und der Friedrich-Ebert-Stiftung der SPD organisierte, um die Bevölkerung für das große JA zu einer „europäischen Verfassung“ der EU zu gewinnen. (Das Volk sagte damals bekanntlich NEIN.) Und ebenso 2007, indem er aktiv an der Gründung des „Rates der Schwarzen Frankreichs“ (CRAN) teilnahm, einer Organisation, die von israelischen Beratern mitgestaltet und nach dem Muster des „Rates der Juden Frankreichs“ (CRIF) aufgebaut wurde; allerdings fand die Initiative unter den Schwarzen kaum Echo.

Obwohl seine Kandidatur nicht offiziell war, wurde DSK als bestplatzierte Kandidat der Sozialistischen Partei für die Präsidentschaftswahlen 2007 angesehen, galt er doch als «der Mann Washingtons» unter den französischen «Sozialisten». Im «neokonservativen» Blatt *Le Meilleur des mondes* hatte er sich damals für eine Annäherung an Washington und Tel Aviv ausgesprochen.

Zur allgemeinen Überraschung wurde schließlich nicht DSK, sondern die «schwache» Segolene Royal als Kandidatin aufgestellt. Inzwischen hatte es anscheinend (in Washington?) eine Richtungsänderung gegeben, die den „rechten“ Nicolas Sarkozy bevorzugte und DSK hingegen mit der Leitung des IWF betraut wissen wollte.

DSK beschäftigte sich unterdessen mit der Gründung des „*European Council on Foreign Relations*“ (E-CFR), also der Schwesterorganisation jenes amerikanischen CFR, der im Rufe steht, ein Rangierbahnhof für die wichtigsten internationalen Posten im «westlichen Netz» zu sein.

Tatsächlich hat Sarkozy, kaum Präsident geworden, und im Gleichklang mit Condoleezza Rice, DSK als Kandidaten für den IWF vorgeschlagen. Die Wahl war nur Formsache, da EU und USA zusammen über 48 % der Stimmen verfügen. Die französische Republik bezahlte die sogenannte «Wahlkampagne» von DSK und die CIA-nahe *TD International* organisierte sie. Am 28.9.2007 wurde DSK «triumphal» zum („westlichen“) Chef des IWF. Der russische Kandidat, Josef Tosowskj, wurde leicht überrollt.

Wer hätte bei dieser Vorgeschichte erwarten können, daß der mächtige Chef des IWF eines Tages mit grauem Gesicht, unrasiert, in Handschellen, mit offenem Hemdkragen und von bulligen Polizisten und einem Dutzend Fernsehkameras umringt, vor ein Gericht geschoben würde, um ihm dort ein Verhalten vorzuwerfen, das einem billigen Porno-Film entnommen schien?

Die sexuellen Eskapaden des DSK waren kein Geheimnis, er selbst hat seine hypertrophe Libido nicht versteckt, vielmehr besuchte er auch den Pariser *Swinger-Club* „Chandelle“, gar in Begleitung seiner Ehefrau (die nach seiner Verhaftung umgehend nach Neuyork flog und eine Million Dollar als Kaution und weitere fünf Millionen als Banksicherheit hinterlegte). Selbst der Vergewaltigung war DSK schon bezichtigt worden, trotzdem wurde er zum Superminister gemacht und später drei Jahre lang Generaldirektor des IWF.

Da drängt sich die Frage auf: War das Zimmermädchen sein Opfer oder ein eigens für ihn schlaue gelegter Köder?

In Frankreich, wo man die „Geschichten“ des DSK gut kennt, haben 57 % der Bevölkerung die Hotelzimmer-*Story* nicht geglaubt. Und niemand glaubt in der Welt, daß die Behandlung durch die Neuyorker Polizei, die einer medialen Hinrichtung des internationalen Geld-Dirigenten DSK gleichkam, nichts mit dem gegenwärtigen Finanz-Weltkrieg zu tun hätte.

Die Hintergründe werden vermutlich nie öffentlich werden, aber gewisse Fakten lassen den Verdacht aufkommen, daß die seltsame Aktion mit dem Projekt zusammenhängen könnte, eine neue internationale Reservewährung zu schaffen.

Das Projekt ist bekanntlich nicht neu und wird mit wachsendem Nachdruck von den aufstrebenden Wirtschaftsmächten und von den Ländern der sogenannten „Dritten Welt“ gefordert. (Der Direktor von Chinas Zentralbank, Zhou Xiao-Chuan, hatte am 29.3.2009 den Dollar als Reservewährung in Frage gestellt. Ein Projekt, dessen Erfolg das Ende der Dollar-Herrschaft bedeuten würde.)

Besonders seltsam sind die Umstände der Verhaftung. DSK wollte gerade nach Berlin fliegen, um Angela Merkel zu treffen. Zehn Minuten vor dem Abflug stürmte eine Sondereinheit der Polizei (nicht die Agenten vom Flughafen) ins Flugzeug und nahm DSK fest. (Zuvor war der Mobilfunk-Verkehr gestört worden, um eine Warnung der „Zielperson“ zu verhindern.)

Während DSK keinen Kontakt mit der Öffentlichkeit (außer den Anwälten) haben durfte und selbst in Haft gehalten wurde, erhielt die Weltpresse von den Behörden ausführliche, ja äußerst detaillierte anatomische Angaben zu den Vorwürfen. Der fadenscheinige Haftgrund war rechtlich kaum vertretbar, seine Wirkung hingegen deutlich: Die Institution IWF blieb zehn Tage lang blockiert.

Der zweite Anwalt des DSK, Benjamin Brafman, verhielt sich in den Tagen der Krise sonderbar: anstatt DSK zu besuchen und beim zweiten Verhandlungstermin anwesend zu sein, flog er nach Israel, angeblich, um an einer religiösen Feier teilzunehmen. DSK aber verstand auch so die ihm durch seine überraschende Verhaftung unsanft übermittelte „Nachricht“ des Milieus und schickte dem IWF den Rücktrittsbrief. Schon am nächsten Tag durfte er seiner Wege ziehen. Der „Westen“ zog umgehend Christine Lagarde aus dem Hut, Sarkozys Wirtschaftsministerin mit langer US-Vergangenheit.

Bei diesem Handstreich waren Rußland und China, einmal mehr, gründlich überrumpelt worden.

Wiener Beobachter, Folge 240 - Herausgeber: AFP, Arbeitskreise W, NÖ, B.

Medieninhaber, Hersteller: Manfred Hubral, alle einschließlich Redaktion: Krauseg. 14, 1110 Wien;
e-Post: kontakt@wienerbeobachter.at, Internetz: www.wiener-beobachter.at, www.afp-aktiv.info;

Blattlinie: Der **Wiener Beobachter** tritt für die Verwirklichung der Grund- und Freiheitsrechte aller Völker ein. - P.b.b. * Vertragsnummer: GZ 02Z031542M * Erscheinungsort: Wien *
Verlagspostamt: 1170 Wien